

V0703/22

Gebührenbericht 2020/2021 Soziale Stadt
(Referent: Herr Fischer)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 12.10.2022

Herr Fischer weist eingangs darauf hin, warum heute zwei Gebührenberichte vorgelegt werden. Dabei erinnert er an die entsprechende Beschlussfassung des Stadtrates im März vergangenen Jahres. Damit der Vergleich für den Stadtrat leichter sei, gebe es für die künftigen Gebührenberichte aller berichtspflichtigen Einrichtungen verwaltungsintern eine Vorgabe der Kämmerei.

Der Appell von Herrn Fischer sei, dass es keinen Sinn mache, Stadtteiltreffs in der Sozialen Stadt, oder ein Bürgerhaus zu betreiben, wenn dies nicht unter dem Aspekt soziale Einrichtung betreiben werde. Die Dienstleistungen werden hier dem Bürger kostenfrei oder sehr kostengünstig zur Verfügung gestellt. Das Konzept würde ad absurdum geführt, wenn versucht werde, hier kostendeckend zu arbeiten. Von daher sei der geringe Kostendeckungsgrad dem sozialen Zweck der entsprechenden Einrichtung geschuldet. Insbesondere bei den beiden Gebührenberichten sei ersichtlich, dass die Einnahmen aus anderen Quellen wesentlich höher seien, als das was letztendendes als Teilnehmerbeiträge von den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtquartieren verlangt werde.

Im Bericht sei beim Monitoring ersichtlich, welche Angebote und welche Teilnehmerzahl tatsächlich in den Stadtteiltreffs gebe, so Frau Weingärtner. Zweck und Ziel der sozialen Stadt sei natürlich, dass die Quartiersbewohner bedarfsgerecht mit Angeboten versorgt werden, bzw. selbst Angebote in den Stadtteiltreffs anbieten. Ein wichtiger Aspekt sei hier die Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Frau Weingärtner informiert, dass für bestimmte Angebote teilweise keine Gebühren, bzw. nur geringe Gebühren anfallen. Dies sei seitens der Stadt so gewollt. Preisanpassungen werden auch vorgenommen. Im vergangenen Jahr habe man im Bereich der Raumvermietung die Mietgebühren angehoben und die drei Stadtteiltreffs homogenisiert. Für den Bereich der Teilnehmerpreise sei man hinsichtlich einer Anpassung sehr zurückhaltenden.

Die CSU-Stadtratsfraktion sehe es auch so, dass die Gebühren und die Auslagen entsprechend geringgehalten werden sollen, so Stadtrat Schidlmeier. Hier solle der soziale Aspekt im Vordergrund stehen. Da dies ein wesentlicher Ort der Integration sei, begrüße seine Fraktion die Vorgehensweise, die Gebühren gering zu halten.

In der Corona-Zeit entziehe sich dieser Bericht der monetären Bewertung, aber auch aus sozialen Gründen. Stadtrat Werner sei im Hinblick auf die Vielfalt der Aktivitäten beeindruckt. Leider stehe bei einigen eine Null, aber dies sei Corona geschuldet. Er betont, dass ihn der Kostendeckungsgrad nicht interessiere. Nach seinen Worten sei dies ein echter Gewinn für die Stadt. Stadtrat Werner fragt nach, ob es in Anbetracht des Aufwands Sinn mache, diese bescheidenen Gebühren zu erheben. Wenn dies nicht der Fall sei, sei der Ansatzpunkt „was nichts kostet, sei nichts wert“ fraglich. Nur wenn das Erheben der Gebühren teurer sei, als die Gebühreneinnahme ausmache, dann müsse ernsthaft überlegt werden, ob dies so weitergemacht werde. Am Ende stehe für Stadtrat Werner auch nach diesen zwei schwierigen Jahren eine ausgesprochene positive Bewertung der Aktivitäten in der sozialen Stadt. Er hoffe sehr und wünsche sich, dass sich die Bürger hier zu normalen Zeiten noch stärker beteiligen.

Die Aussage „Was nichts kostet, sei nichts wert“, sei sicherlich richtig so Frau Weingärtner. Auch bedarf es eines gewissen Aufwands Gebühren zu erheben, doch sei sie der Meinung, das Teilnahmegebühren auch im Hinblick auf die Teilnehmerbindung sinnvoll seien. Auch sei dies eine gewisse Wertschätzung gegenüber den Menschen, die die Kurse durchführen. Insofern plädiere sie dafür, für gewisse Angebote Gebühren in einem sozialverträglichen Maße zu erheben.

Besonders erwähnenswert sei nach Worten von Stadträtin Segerer, dass viele unentgeltliche ehrenamtliche Engagement.

Für Stadträtin Bulling-Schröter haben diese Stadtteiltreffs die Funktion der Partizipation im sozialen Bereich. Hier werden abgehängte Menschen aufgefangen. Dies sei auch im Hinblick auf Corona dringend notwendig. Sie fragt nach, ob es Menschen gebe, die selbst diese geringen Gebühren nicht bezahlen können und welche Unterstützung sich Frau Weingärtner seitens des Stadtrates wünsche.

Ziel der Stadtteiltreffs sei die starke Bindung zwischen den Teilnehmern. Frau Weingärtner sichert zu, dass keinem eine Kursteilnahme verwehrt werde, der dies finanziell nicht stemmen könne. Hier gebe es sicherlich Ausnahmen. Sie verweist hier auf den Verein „Familien in Not“ welcher Familien unterstütze und hier eine Nachfrage hinsichtlich der Kostenübernahme erfolgen könne.

Ihr Wunsch an den Stadtrat sei, dass dieser in den Kommissionen regelmäßig vertreten ist.

Stadtrat Ettinger verweist auf die niederschweligen Angebote und bittet um Erläuterung zu den Gesamtkontakten von 83, bezüglich der Hundekotbeutel.

Frau Weingärtner merkt an, dass ein Teil der Arbeit auch der Bürgerservice sei. Im Rahmen dessen werden unter anderem Hundekotbeutel in den Stadtteiltreffs ausgegeben. Nachdem im Jahr 2021 die Stadtteiltreffs teilweise geschlossen waren und der Bürgerservice so nicht stattgefunden habe, waren es im Jahr 2021 83 Bürger, welche sich einen dieser Beutel abgeholt haben. Sie merkt an, dass dieses Abholen ein Gewinn dahin gehend sei, da man dadurch mit den Quartiersbewohnern in Kontakt trete und diese evtl. eingebunden werden können.

Im Hinblick auf den Erlass „Strom und Heizung zu sparen“, fragt Stadtrat Niedermeier nach, wie dies bei den Quartieren gehandhabt und evtl. eine Wärmestube in den sozialen Einrichtungen angeboten werde.

Dies sei sicherlich ein guter Gedanke, so Frau Weingärtner. Inwieweit dies allerdings als Wärmestube beworben werde, sei fraglich. Auch die sozialen Einrichtungen als städtische Dependence seien zum Energiesparen angehalten. Wenn es hart auf hart komme, müsse sich die Frage gestellt werden, dies anzubieten. Insofern müsse dann eine entsprechende Genehmigung eingeholt werden.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf den Begriff „Wärmestube“ und merkt an, dass dies ein anderes Konzept sei.

Herr Fischer geht davon aus, dass in diesem Winter alle Bürger in ihrem Zuhause ausreichend warm verbringen können. Deswegen habe man eine entsprechende Informationskampagne gestartet, welche Möglichkeiten über die Grundsicherungssysteme sowohl vom Jobcenter, als auch vom Amt für Soziales vorhanden sind, um gestiegene Heizkosten zu übernehmen. Dies gelte sowohl für diejenigen, die am wenigsten finanzielle Mittel haben und deswegen schon jetzt im laufenden Bezug seien. Sobald diese eine höhere Abschlags- oder Nachzahlung vorlegen, könne diese in voller Höhe vom Jobcenter oder Amt für Soziales übernommen werde. Aber auch diejenigen die bisher ohne staatliche

Unterstützung zurechtgekommen seien, können möglicherweise eine Unterstützung erhalten. Herr Fischer verweist auf die auf der Homepage der Stadt veröffentlichten Berechnungsbeispiele. Dies gelte in dem Monat, wo eine Heizkostennachzahlung fällig werde und unter Umständen auch wenn sich etwas an der Haushaltsausgabesituation durch erhöhte Heizkostenvorauszahlungen ändere. Auch sei die Möglichkeit zur Prüfung gegeben, ob einmalige Zuschüsse oder die Nachzahlung komplett übernommen werden können, oder auch die künftig laufenden Ansprüche auf Unterstützungsleistungen gegeben sind. Die ganz aktuelle Entwicklung sehe so aus, dass die Bürger voraussichtlich nicht die volle tatsächliche Kostensteigerung der Gaspreise tragen müssen. Dies sei zumindest die Empfehlung der Expertenkommission der Bundesregierung. Weiter verweist Herr Fischer auf den seitens des Oberbürgermeisters einberufenen „Stab für außergewöhnliche Ereignisse“. Dieser beschäftige sich mit solchen Szenarien. Auch gebe es Gespräche zwischen den Stadtwerken und den gewerblichen Verbrauchern, dass es Sinn mache, bevor die Bürger frieren, den Gasverbrauch bei den Großverbrauchern vor Ort zu reduzieren, sodass der Heizbedarf für die Bürger ausreiche. Wenn alle Stricke reißen, dann müsse das Konzept „Wärmestube“ möglicherweise über andere Heizmittel, statt Gas, realisiert werden.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass es auch in den Stadtteiltreffs Informationen zu diesen Zuschüssen gebe.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.